

INHALTSVERZEICHNIS

1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	1
Art. 1 Geltungsbereich	1
Art. 2 Gemeindestrassen und -wege	1
Art. 3 Öffentliche Strassen und Wege privater Eigentümer	1
2. NEUBAU, AUSBAU UND KORREKTION VON VERKEHRSWEGEN	1
Art. 4 Grundsatz	1
Art. 5 Schutz verschiedener Interessen	2
Art. 6 Planungszonen	2
Art. 7 Genereller Strassenplan	3
Art. 8 Ausführungsprojekt	3
Art. 9 Grundeigentümerbeiträge an Strassen	3
Art. 10 Begrenzung des Beitrages	4
Art. 11 Bau- und Ausbau von Privatstrassen und -wegen im Gemeingebrauch	4
3. UNTERHALT DER ÖFFENTLICHEN VERKEHRSWEGE	4
Art. 12 Grundsatz	4
4. DIE BENÜTZUNG DES ÖFFENTLICHEN EIGENTUMS	4
Art. 13 Gemeingebrauch	4
Art. 14 Sondergebrauch	4
Art. 15 Zuständigkeit	5
Art. 16 Allgemeine Vorschriften für die Strassenbenützung	5
5. BESTIMMUNGEN BETREFFEND DAS AN ÖFFENTLICHE VERKEHRSWEGE ANGRENZENDE GEBIET	6
A. Mauern, Zäune, Ablagen	6
Art. 17 Mauern und Zäune	6
Art. 18 Lebhäge	7
Art. 19 Ablagen, Bauplätze, Bauwerke und Wasserabfluss	7
B. Bauten	7
Art. 20 Baulinien	7

Art. 21 Bauverbotszone zwischen Baulinien	7
—Art. 22 Vorspringende Gebäudeteile	8
C. Private Zufahrten	8
Art. 23 Grundsatz	8
Art. 24 Privatstrassen und -wege	8
6. ABSTELLPLÄTZE, GARAGENVORPLÄTZE UND AUSFAHRTEN	10
Art. 25 Grundsatz	10
Art. 26 Pflicht zur Erstellung von Parkplätzen	10
Art. 27 Ausnahmen von der Pflicht zur Erstellung von Parkplätzen	11
Art. 28 Baubewilligung	11
Art. 29 Berechnungsgrundlage für Parkplätze	12
Art. 30 Gemeinsame Parkplätze	12
Art. 31 Gestaltung von Aussenparkplätzen	13
Art. 32 Garagenvorplätze	13
Art. 33 Zumutbare Distanz privater Parkplätze	13
Art. 34 Ausfahrten	14
7. ABGABEN UND GEBÜHREN	14
Art. 35 Erwerb von Parkplätzen als dingliches Recht	14
Art. 36 Benutzungsgebühr für öffentliche Parkplätze	15
Art. 37 Benutzungsgebühr von öffentlichen Parkplätzen (Parkuhren)	16
Art. 38 Schneeräumung	16
8. ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE	17
Art. 39 Strassenaufsicht	17
Art. 40 Beschwerden	17
9. WIDERHANDLUNGEN	17
Art. 41 Strafbestimmungen	17
Art. 42 Herstellung des gesetzmässigen Zustandes	18
10. ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN	19
Art. 43 Rechtskraft	19

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich

Dieses Reglement findet im Rahmen der kantonalen und der eidgenössischen Gesetzgebung Anwendung auf:

1. die zum Gemeingut der Gemeinde gehörenden Plätze, Strassen und Wege;
2. die Privatstrassen und Privatwege in Gemeingebrauch;
3. die privaten und die öffentlichen Parkplätze;

in der Gemeinde Bellwald.

Art. 2 Gemeindestrassen und -wege

Als Gemeindestrassen und -wege gelten alle öffentlichen Verkehrswege, seien sie befahrbar oder nicht, die im öffentlichen Eigentum stehen.

Art. 3 Öffentliche Strassen und Wege privater Eigentümer

Die von Privaten erbauten und dem Gemeingebrauch gewidmeten Strassen und Wege sind öffentlich im Sinne des kantonalen Strassengesetzes.

2. Neubau, Ausbau und Korrektion von Verkehrswegen

Art. 4 Grundsatz

Die öffentlichen Verkehrswege der Gemeinde sind entsprechend ihrer Klassierung und Funktion sowie den technischen Anforderungen des Verkehrs im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde zu erstellen und auszubauen.

Art. 5 Schutz verschiedener Interessen

Beim Bau von öffentlichen Verkehrswegen sind die anerkannten Grundsätze namentlich auf folgenden Gebieten zu berücksichtigen:

- a) der Schutz des Menschen und seiner natürlichen und bebauten Umwelt;
- b) die Verkehrssicherheit;
- c) der Schutz der Verkehrsteilnehmer, insbesondere der Fussgänger, Radfahrer und Behinderten;
- d) die öffentlichen Verkehrsmittel;
- e) der Ortsbild- und Heimatschutz;
- f) der Natur- und Landschaftsschutz;
- g) die sparsame Verwendung des Bodens

Art. 6 Planungszonen

Erachtet die Gemeinde den Neubau, den Ausbau oder die Korrektur eines kommunalen Verkehrsweges für angezeigt, so kann sie Planungszonen auscheiden.

Die Planungszonen werden mit der öffentlichen Bekanntmachung des Beschlusses rechtskräftig.

Innerhalb dieser Zone darf nichts unternommen werden, was die Planung des Verkehrsweges beeinträchtigen könnte.

Die zuständige Behörde kann die Planungszone für die Dauer von 2 Jahren bestimmen und mit Zustimmung der Urversammlung und Genehmigung des Staatsrates aus wichtigen Gründen bis auf höchstens 5 Jahre verlängern.

Art. 7 Genereller Strassenplan

Vor der Ausarbeitung eines Ausführungsprojektes kann die Gemeinde für den Neubau, den Ausbau und die Korrektur eines kommunalen Verkehrsweges einen generellen Strassenplan ausarbeiten. Dieser Plan bildet die Grundlage für die Ausarbeitung des Ausführungsprojektes. Er enthält vor allem die Linienführung, die Länge und Breite der Strasse, ebenso ihre wichtigen Bestandteile wie Kreuzungen, Anschlüsse und dergleichen.

Der generelle Strassenplan wird öffentlich aufgelegt und unterliegt der Genehmigung des Staatsrates.

Die Sperrwirkung dieses Planes ist auf 5 Jahre befristet. Diese Frist kann nicht verlängert werden.

Art. 8 Ausführungsprojekt

Der Neubau, der Ausbau und die Korrektur kommunaler Verkehrswege erfolgt nach den Bestimmungen des Strassengesetzes und ist in einem rechtsverbindlichen Ausführungsprojekt festzulegen. Das Ausführungsprojekt kann für kommunale Verkehrswege durch den Gemeinderat erstellt werden.

Art. 9 Grundeigentümerbeiträge an Strassen

Die Grundeigentümer, denen der Neubau, der Ausbau oder die Korrektur eines kommunalen Verkehrsweges und seiner Nebenanlagen einen Wertzuwachs verschaffen, können im Verhältnis der Vorteile, die ihnen daraus erwachsen, innerhalb der Grenzen von Artikel 10 zu Beiträgen an die Kosten des Werkes herangezogen werden.

Art. 10 Begrenzung des Beitrages

Wenn der Beitragsaufruf durch eine Gemeinde erfolgt, so darf die Gesamtheit der Beiträge nachfolgende Normen nicht übersteigen.

- a) für die kommunalen Durchgangsstrassen 60% der den Mehrwert bestimmenden Baukosten;
- b) für die Gemeindesackgassen, die Gehsteige und Quartierparkplätze, 75% dieser Kosten.

Art. 11 Bau- und Ausbau von Privatstrassen und -wegen im Gemeingebrauch

Unter Vorbehalt der Bestimmungen des kantonalen Gesetzes unterstehen Privatstrassen und -wege, die dem Gemeingebrauch gewidmet sind, dem Privatrecht.

Die privaten Verkehrswege müssen entsprechend ihrer Bestimmung und Bedeutung zu Lasten der Eigentümer bzw. deren Nutzungsberechtigte ausgebaut werden.

3. Unterhalt der öffentlichen Verkehrswege

Art. 12 Grundsatz

Der Unterhalt der Strassen, Plätze und Wege ist Sache des Eigentümers.

4. Die Benützung des öffentlichen Eigentums

Art. 13 Gemeingebrauch

Jedermann kann im Rahmen der Gesetze und Reglemente das öffentliche Eigentum entsprechend seiner Zweckbestimmung und unter Berücksichtigung der Rechte Dritter benützen.

Art. 14 Sondergebrauch

Jegliche Benutzung des öffentlichen Eigentums, das vom Gemeingebrauch abweicht, bedarf einer Bewilligung oder einer Konzession.

Eine Bewilligung ist erforderlich für jede Benutzung des öffentlichen Eigentums, die intensiver ist als die durch den Gemeingebrauch gedeckte, namentlich für dessen Inanspruchnahme zu gewerblichen und privaten Zwecken.

Die Konzession ist erforderlich für die Inanspruchnahme des öffentlichen Eigentums zur Erstellung von dauerhaften Bauten und Anlagen. Sie ist mit vertraglichen Abreden verbunden.

Konzessionen werden höchstens für die Dauer von 30 Jahren erteilt. Sie können erneuert werden.

Art. 15 Zuständigkeit

Die Bewilligung und die Konzession für die Benützung des öffentlichen Eigentums der Gemeinde werden vom Gemeinderat erteilt.

Art. 16 Allgemeine Vorschriften für die Strassenbenützung

- 1) Die Strassenbenützer sind für jede widerrechtliche Beschädigung der Strasse haftbar. Jede den Verkehr auf den Strassen gefährdende Vorrichtung oder Handlung ist untersagt.
- 2) Für jede Veränderung am kommunalen Strassenkörper bedarf es der Bewilligung durch den Gemeinderat.
- 3) Für die Erstellung von Leitungen (Wasserleitungen, Kanalisation, Kabel, usw.) und die Reparatur an bestehenden Leitungen im kommunalen Strassengebiet ist eine Bewilligung der Gemeindeverwaltung auf ein schriftliches Gesuch hin erforderlich. Für alle Arbeiten ist dem schriftlichen Gesuch ein Plan (Situationsplan und Profile) beizulegen. Die Grabarbeiten sind so auszuführen, dass der Strassenverkehr möglichst wenig beeinträchtigt wird. Die Baustellen sind abzugrenzen und in der Nacht mit Licht zu versehen. Der Inhaber der Bewilligung ist verpflichtet, den ausgehobenen Graben wieder aufzufüllen und zu verdichten. Die Wiederherstellung des Strassenoberbaues erfolgt durch die Gemeinde auf Kosten des Inhabers der Bewilligung.
- 4) Die zum Verkehr zugelassenen Fahrzeuge sollen so beschaffen sein, dass sie in bezug auf Bespannung und Ladung die Strassen nicht übermässig

beanspruchen. Der Gemeinderat legt das zulässige Fahrzeughöchstgewicht fest und bringt die entsprechende Signalisation an. Ausnahmen können nur gegen Hinterlegung einer Kautionserteilt werden.

- 5) Die Benützbarkeit der Strasse für den allgemeinen Verkehr darf von niemand in irgendeiner Weise behindert oder geschmälert werden. Das Lagern von Materialien jeder Art auf öffentlichem Strassengebiet inkl. Böschungen ist verboten. Das Einwerfen von Schnee in den Strassenraum ist untersagt. Ausnahmen können bei kurzfristiger Inanspruchnahme und unter sichernden Bedingungen durch die Gemeindeverwaltung bewilligt werden. Der Verursacher haftet für Materialien, die auf die Strasse fallen. Sie müssen unverzüglich weggeräumt werden. Geschieht das auch nach erfolgter Aufforderung nicht, so besorgt die Gemeinde die Räumung auf Kosten und unter Büssung des Räumungspflichtigen.
- 6) Vorrichtungen, durch welche die öffentlichen Strassen oder das öffentliche Trottoir beansprucht werden, wie Leitungen, Türen, Rollvorhänge, Firmenschilder, Schaukästen, Leuchtreklamen, Verkaufsstände und dergleichen, sind verboten.
- 7) Die Nutzung von privaten und öffentlichen Parkplätzen als Gartenwirtschaft ist bewilligungspflichtig.
- 8) Baustellen an den öffentlichen Strassen und Wegen sind gegenüber dem Strassenkörper durch eine Trennwand abzusperren.
- 9) Auswerfer für Dachtraufen usw. auf das Strassengebiet sind untersagt. Bestehende Auswerfer sind innert Jahresfrist zu entfernen.

5. Bestimmungen betreffend das an öffentliche Verkehrswege angrenzende Gebiet

A. Mauern, Zäune, Ablagen

Art. 17 Mauern und Zäune

Die Mauern und Abschränkungen dürfen nur in einem Abstand von mindestens 1.20 m vom Fahrbahnrand und in einem solchen von 60 cm von den übrigen Verkehrswegen erstellt, wiedererstellt oder erhöht werden.

Innerhalb der mit Bauverbot belegten Zone längs der Verkehrswege beträgt die maximale Höhe der Einfriedung 1.0 m.

Art. 18 Lebhäge

Lebhäge dürfen längs der Verkehrswege nur in einem Abstand von mindestens 1.50 m erstellt oder wiederhergestellt werden. Die Höhe darf 1.80 m nicht übersteigen. Die Höhe wird gemessen ab Niveau Fahrbahn- bzw. Wegrand.

Art. 19 Ablagen, Bauplätze, Bauwerke und Wasserabfluss

Für Ablagen, Bauplätze, Bauwerke und Wasserabfluss gelten die Bestimmungen des kantonalen Strassengesetzes Art. 174 - 198.

B. Bauten

Art. 20 Baulinien

Baulinien gibt es längs bestehenden und projektierten Strassen, Wegen, Plätzen und Bahnlinien. Es gibt fakultative und obligatorische Baulinien:

- Fakultative Baulinien dürfen von Gebäude nicht überschritten werden. Wo solche nicht festgelegt sind, beträgt der Abstand für Gebäude 3.0 m von der Eigentumsgrenze. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen für Garagenvorplätze.
- Auf obligatorische Baulinien muss gebaut werden. In der Gemeinde Bellwald werden keine obligatorischen Baulinien festgelegt.
- Der Baulinienabstand für die Gemeindestrassen beträgt 12.00 m.

Diese Vorschriften gelten auch für Privatstrassen, die dem allgemeinen Verkehr geöffnet sind.

Art. 21 Bauverbotszone zwischen Baulinien

Der Raum zwischen den Baulinien gilt als Bauverbotszone. In der Bauverbotszone dürfen weder über- noch unterirdische Gebäude erstellt werden. Zur Verbesserung unterirdischer Parkierungsmöglichkeiten kann der Gemeinderat Ausnahmen gestatten, sofern keine Verbreiterung der bestehenden oder geplanten Strasse zu erwarten ist.

Innerhalb der Bauverbotszone können Baubewilligungen erteilt werden für Stützmauern und Einfriedungen, offene Terrassen und Versorgungsleitungen. Die Ermächtigungen zu diesen Einrichtungen und Anlagen werden jedoch nur auf Zusehen hin erteilt. Wenn die Verkehrssicherheit es erfordert oder wenn innerhalb der Bauverbotszone Landerwerb zur Strassenverbreiterung oder zur Anlage von Fusswegen notwendig wird, so müssen die erwähnten Bauten und Anlagen auf Kosten des Eigentümers entweder den neuen Verhältnissen angepasst oder entfernt werden.

Die unter Bauverbot fallende Zone innerhalb der Baulinien bleibt Eigentum der Anstösser und ist bei der Ermittlung der Ausnutzungsziffer anrechenbar.

Art. 22 Vorspringende Gebäudeteile

Ausladungen über die Baulinie wie Balkone, Erker, Vordächer, Vortreppen, Fenster und Rollläden sind gestattet, sofern diese nicht mehr als 1.50 m betragen. Falls im Baulinien- oder Quartierplan Ausladungen in das Gemeingut gestattet sind, müssen diese mindestens 2.50 über dem Gehsteig- oder mindestens 4.50 m über dem Fahrbahnboden angebracht sein.

C. Private Zufahrten

Art. 23 Grundsatz

Die Erstellung neuer und die wesentliche Instandstellung oder Aufhebung bestehender privater Zufahrten zu einer öffentlichen Strasse bedürfen einer Bewilligung durch die zuständige Behörde.

Art. 24 Privatstrassen und -wege

Privatstrassen müssen sich dem Bebauungs- und Zonenplan einordnen und sind dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen. Für Unterhalt, Reinigung und Beleuchtung sind die Eigentümer verantwortlich.

Die Breite von Privatstrassen muss mindestens 2.50 m betragen. Je nach Länge und möglicher Belastung können grössere Breiten oder andere Massnahmen vom Gemeinderat verlangt werden. Dies gilt ebenfalls, wenn über eine bestehende Privatstrasse weitere Gebäude nachträglich erschlossen werden.

Bestehende Privatstrassen können, sofern sie den Anforderungen der Gemeinde entsprechen, von dieser gegen angemessene Entschädigung übernommen werden.

6. Abstellplätze, Garagenvorplätze und Ausfahrten

Art. 25 Grundsatz

Zur Wahrung des Ortsbildes und unter Berücksichtigung des Natur- und Landschaftsschutzes und der sparsamen Verwendung des Bodens realisiert die Gemeinde nur gedeckte Abstellplätze.

Private realisieren in der Regel gedeckte Einstellplätze. Bei privaten Überbauungen mit einem Bedarf von mehr als 8 Parkplätzen, besteht die Pflicht zur Schaffung von gedeckten Einstellplätzen.

ausgenommen:

- a) in den Weilern Egga, Bodmen und Fürgangen.
- b) Einzelparkplätze bis max 8 (acht) Einheiten

Art. 26 Pflicht zur Erstellung von Parkplätzen

Bei Neubauten, grösseren Umbauten und wesentlichen Zweckänderungen sind auf privatem Grund ausreichende Abstellflächen für Motorfahrzeuge anzulegen.

Der Eigentümer eines bestehenden Gebäudes oder einer bestehenden Anlage ist verpflichtet, die nötigen Abstellplätze für Motorfahrzeuge der Benutzer und Besucher zu schaffen.

Gegen Eintragung des entsprechenden Parkplatz-Servituts im Grundbuch können diese auch auf einer Nachbarparzelle erstellt werden, falls diese selbst für die eigenen Bedürfnisse genügend Parkplätze besitzt. Zur Verhinderung der nachträglichen Löschung ist diese Dienstbarkeit ebenfalls zugunsten der Gemeinde im Grundbuch einzutragen.

Wenn die örtlichen oder verkehrsspezifischen Verhältnisse die Schaffung von privaten Abstellflächen nicht erlauben und wenn auf Nachbarparzellen keine Parkierungslösungen gemäss Absatz 3 geschaffen werden können, ist der Bauherr beziehungsweise der Eigentümer verpflichtet, bis zum Erwerb eines Parkplatzes in einem Parkhaus der Gemeinde in Form eines dinglichen Rechts eine jährlich wiederkehrende Ersatzabgabe zu entrichten. Für parkplatzpflichtige Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone ist eine einmalige Ersatzabgabe geschuldet.

Art. 27 Ausnahmen von der Pflicht zur Erstellung von Parkplätzen

Ausnahmen können aus triftigen Gründen bewilligt werden, namentlich wenn die Erstellung eines den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Abstellplatzes zu sozialen Härtefällen führt. Der Gemeinderat kann in diesen Fällen die Zahlungsfrist bis längstens zehn Jahre stunden, oder die Beiträge für die gleiche Dauer in Raten aufteilen, mit oder ohne Zinspflicht. Ausnahmen können nur auf begründetes schriftliches Gesuch hin erteilt werden.

Art. 28 Baubewilligung

Die Baubewilligung für Neubauten, grössere Umbauten und wesentliche Zweckänderungen in der Bauzone wird von der Gemeinde erst erteilt, wenn der Eigentümer die erforderlichen Parkplätze gemäss Art. 29 erstellt, oder gegen Eintragung des entsprechenden Parkplatz-Servituts im Grundbuch diese auf einer Nachbarparzelle erstellt, oder bis zum Erwerb eines Parkplatzes in einem Parkhaus sich verpflichtet, eine jährlich wiederkehrende Ersatzabgabe gemäss Art. 36 zu leisten, bzw. für parkplatzpflichtige Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone eine einmalige Ersatzabgabe leistet.

Art. 29 Berechnungsgrundlage für Parkplätze

Die Anzahl der Abstellplätze wird bestimmt durch die Stärke des mit dem betreffenden Bau voraussichtlich verbundenen Fahrzeugverkehrs und durch die Verhältnisse in dem betreffenden Quartier. Als Richtlinie gilt, dass **ein** Abstellplatz zu erstellen ist:

- pro Wohnung
- pro vier Betten eines Beherbergungsbetriebes
- pro 4 Sitzplätze einer Gaststätte
- pro 40 m² Bruttogeschossfläche für Büros und Geschäfts- und Gewerberäume nach Massgabe des zu erwartenden Publikumandranges, der Anzahl Arbeitsplätze und der allfälligen regionalen Bedeutung

In Zweifelsfällen dienen dem Gemeinderat als Richtlinie zur Berechnung der nötigen Abstellplätze die Normen der Vereinigung Schweizerischer Strassenfachmänner.

Art. 30 Gemeinsame Parkplätze

Im Rahmen des generellen Strassenplanes und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erstellt die Gemeinde im Zusammenhang mit dem Strassenbau Einstellhallen, ausgenommen in den Weilern Egga, Bodmen und Fürgangen, als

- feste Standplätze

Gedckte Abstellplätze können von der Gemeinde interessierten und nach Art. 26 verpflichteten Eigentümern als dingliches Recht gegen einen einmaligen Betrag abgetreten werden.

Die Zuweisung der Plätze erfolgt durch Verfügung des Gemeinderates.

Art. 31 Gestaltung von Aussenparkplätzen

Parkplätze sind so anzulegen, dass durch ihre Benützung der Verkehr weder gefährdet noch behindert wird. Die Übersicht darf weder durch Pflanzen, Mauern, Einfriedungen noch durch andere Anlagen behindert werden. Die Parkplätze weisen eine minimale Grösse von 2.30 m auf 4.50 m auf. Parkplätze müssen einen Abstand von mindestens 0.40 m vom Fahrbahn- oder Gehsteigrand aufweisen, damit namentlich die Schneeräumung nicht beeinträchtigt wird. Die Aussenparkplätze sind einheitlich nach den Richtlinien der Gemeinde zu erstellen und zu beschriften. Die Erstellung von privaten Parkplätzen unterliegt dem ordentlichen Baubewilligungsverfahren.

Art. 32 Garagenvorplätze

Garagen mit Ausfahrten gegen die Strasse müssen einen Vorplatz von mindestens 5.00 m Tiefe, gemessen vom Strassen- resp. Gehsteigrand aufweisen. Längs einer Nebenstrasse mit starkem Gefälle von mehr als 10 % kann diese Distanz auf 4.50 m reduziert werden. Garagenvorplätze gelten nicht als Parkplätze im Sinne dieses Reglementes. Im übrigen gelten die einschlägigen Bestimmungen des kantonalen Strassengesetzes.

Art. 33 Zumutbare Distanz privater Parkplätze

Der Nachweis privater Parkplätze kann nur innerhalb eines Perimeters von 300 m erbracht werden.

Art. 34 Ausfahrten

Der Gemeinderat bestimmt, an welchem Ort Ausfahrten erstellt werden. Sie sind so anzulegen, dass ihre Benützung den Verkehr möglichst nicht behindert. Die Übersicht darf weder durch Pflanzen, Mauern, Einfriedungen noch durch andere Anlagen behindert werden.

Die Neigung der Ausfahrtrampen darf nicht vor der Baulinie angesetzt werden und in der Regel 10% nicht überschreiten.

Im übrigen gelten die einschlägigen Bestimmungen des kantonalen Strassengesetzes.

7. Abgaben und Gebühren

Art. 35 Erwerb von Parkplätzen als dingliches Recht

Die Höhe der Abgeltung für den Erwerb von Parkplätzen als dingliches Recht gemäss Art. 26 dieses Reglementes wird vom Gemeinderat bestimmt. Sie richtet sich nach den Erstellungskosten. Der Erwerb eines Parkplatzes als dingliches Recht begründet ein Recht auf einen festen Standplatz.

Art. 36 Benutzungsgebühr für öffentliche Parkplätze

Der Bauherr und der Eigentümer eines bestehenden Gebäudes oder einer bestehenden Anlage, welcher der Bereitstellung von Parkplätzen im Sinne von Art. 26 nicht nachkommen kann, ist verpflichtet, entsprechend der Anzahl Abstellplätze gestützt auf die Berechnungsgrundlage in Art. 29 eine jährlich wiederkehrende Ersatzabgabe von Fr. 400.-- bis Fr. 650.-- für jeden fehlenden Parkplatz zu entrichten. Der Gemeinderat legt die Ersatzabgabe innerhalb des vorausgehenden Rahmentarifs fest.

Die Ersatzabgabe entfällt auf den Zeitpunkt des Erwerbs eines Parkplatzes in einem Parkhaus der Gemeinde als dingliches Recht oder beim Nachweis einer Parkplatzdienstbarkeit mit der Erstellung der notwendigen Parkfläche im Sinne von Art. 26 Abs. 3. Die Ersatzabgabe entfällt überdies insoweit für den Zeitraum, während welchem der pflichtige Eigentümer von der Gemeinde Bellwald Parkfläche mietet. Bei einer Miete von Privaten entfällt die Ersatzabgabe nur, wenn die Mietdauer mindestens ein Jahr beträgt und die Miete nicht Parkfläche erfasst, die bereits anderweitig als Parkplatz angerechnet worden ist.

Bei der einmaligen Abgeltung von Parkflächen für Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone beträgt die Ersatzabgabe Fr. 6'000.-- bis Fr. 10'000.-- für jeden fehlenden Parkplatz. Der Gemeinderat legt die Ersatzabgabe innerhalb des vorausgehenden Rahmentarifs fest.

Art. 37 Benutzungsgebühr von öffentlichen Parkplätzen (Parkuhren)

Der Benutzer eines öffentlichen Parkplatzes zer Gasse bezahlt:

Parkdauer	Sommer (1.5.-30.11.)	Winter (1.12.-30.4.)
0.1 Std - 1 Std	gratis	gratis
1.1 Std - 5 Std	Fr. 3.--	Fr. 4.--
5.1 Std - 10 Std	Fr. 5.--	Fr. 6.--
10.1 Std - 1 Tag	Fr. 6.--	Fr. 8.--
ab 2 Tage	Fr. 5.--/Tag	Fr. 7.--/Tag
ab 8 Tage	Fr. 4.--/Tag	Fr. 6.--/Tag
ab 15 Tage	Fr. 3.--/Tag	Fr. 5.--/Tag

Übrige öffentliche Parkplätze (Dorf):

Parkdauer	Sommer (1.5.-30.11.)	Winter (1.12.-30.4.)
0.1 Std - 5 Std	Fr. 2.--	Fr. 3.--
5.1 Std - 10 Std	Fr. 4.--	Fr. 5.--
10.1 Std - 1 Tag	Fr. 5.--	Fr. 7.--
ab 2 Tage	Fr. 4.--/Tag	Fr. 6.--/Tag
ab 8 Tage	Fr. 3.--/Tag	Fr. 5.--/Tag
ab 15 Tage	Fr. 2.--/Tag	Fr. 4.--/Tag

Der Gemeinderat kann die Gebühren um maximal 20 % anpassen.

Art. 38 Schneeräumung

Für die Schneeräumung durch die Gemeinde auf Privatboden besteht grundsätzlich kein Anspruch. Die Gemeinde kann jedoch die Grobschneeräumung von Parkplätzen von Geschäften, von privaten Parkplätzen und Strassen sowie Vorplätzen als Dienstleistung anbieten, soweit dies technisch möglich ist.

Der Eigentümer richtet dazu ein Gesuch, auf einem bei der Gemeinde zu beziehenden Formular, an die Gemeinde. Zwischen dem Eigentümer und der Gemeinde wird ein Vertrag abgeschlossen, in dem u.a. auch die Kosten festgelegt werden.

Vorbehalten bleibt das Recht der Gemeinde auf Herstellung des gesetzmässigen Zustandes gemäss Art. 42 des Reglementes.

8. Zuständige Behörde

Art. 39 Strassenaufsicht

Der Gemeinderat ist Aufsichtsbehörde für die öffentlichen Gemeindestrassen und die dem Gemeingebrauch dienenden Privatstrassen und -wege von lokalem Interesse.

Art. 40 Beschwerden

Gegen Verfügungen des Gemeinderates nach Massgabe des vorliegenden Reglementes kann innert 30 Tagen beim Staatsrat Beschwerde eingereicht werden.

9. Widerhandlungen

Art. 41 Strafbestimmungen

Widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Reglementes können mit Bussen bis zu Fr. 50'000.-- bestraft werden.

Das Verfahren richtet sich nach den Artikel 234 bis 240 des Strassengesetzes.

Art. 42 Herstellung des gesetzmässigen Zustandes

Anlagen, die ohne Bewilligung des Gemeinderates erstellt werden und die diesem Reglement widersprechen, können durch Verfügung des Gemeinderates beseitigt werden. Ebenso kann der Gemeinderat bauliche Massnahmen und dergleichen anordnen, damit der gesetzlich vorgeschriebene Zustand hergestellt oder eingehalten wird, wie insbesondere auch das Freihalten und die Schneeräumung von Privatparkplätzen, damit die Parkierung gewährleistet wird.

Wird der gesetzmässige Zustand nicht innert der eingeräumten Frist hergestellt, hat der Gemeinderat diesen auf Kosten der Eigentümer anzuordnen. Er kann zu diesem Zweck sowohl die Zahlung eines Kostenvorschusses verfügen, als auch ein gesetzliches Pfandrecht für die Sicherung der anfallenden Kosten auf dem Grundstück des pflichtigen Eigentümers eintragen. Die zusätzliche Aussprechung einer Busse bleibt ausdrücklich vorbehalten.

10. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 43 Rechtskraft

Dieses Reglement tritt nach Genehmigung durch die Urversammlung und den Staatsrat in Kraft.

Alle bisherigen Bestimmungen, die diesem Reglement widersprechen, namentlich das Verkehrsreglement vom 9. November 1977 und Art. 22 bis Art. 27 des Bau- und Zonenreglementes vom 31. 8. 1994, werden gleichzeitig aufgehoben.

So beschlossen im Gemeinderat von Bellwald: 6. Mai 1996

Der Präsident:

Die Schreiberin:

A. Wyden

M. Blumenthal

Von der Urversammlung der Gemeinde Bellwald genehmigt am: 23. Mai 1996

Der Präsident:

Die Schreiberin:

A. Wyden

M. Blumenthal

Vom Staatsrat homologiert an seiner Sitzung vom: 3. Juli 1996

Die von der Urversammlung am 17. Dezember 1998 angenommenen Änderungen (Art. 26, 28, 36, 38 und 42) des vom Staatsrat am 3. Juli 1996 homologierten Verkehrsreglementes vom Staatsrat homologiert an seiner Sitzung vom: 10. Februar 1999.